

jamer aber noch sei die Trennung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Notwendigkeit ihrer Einheit. Es dürfte nicht vergessen werden, daß der übernommene ministerialbürokratische Apparat einer vergangenen Epoche entstamme und damit bei allem guten Willen der Beteiligten auf die Dauer niemals die Sicherheit und Garantie einer einheitlichen nationalsozialistischen Wirtschaftsführung erreicht werden könne. Der Nationalsozialismus verlange eben auch hier eine neue nationalsozialistische Organisation der staatlichen Führungsstellen für die Wirtschaft. — Man mag darüber denken, wie man will. Soviel für die einheitliche straffe Zusammenfassung spricht, die in der Tat alle Ressortkompetenzschwierigkeiten auszuschalten geeignet sein möchte, so sehr ist doch auch zu bedenken, daß nicht zuviel auf einen Einzigen gepackt werden darf. Auf jeden Fall wird gerade dann die Frage der Selbstverwaltung in der Wirtschaft erhöhte Bedeutung gewinnen. Wie an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt wurde, beruht auf der freiwilligen Einstellung der Wirtschaft auf die Ziele der Regierung und ihrer Bereitwilligkeit, sich in den Dienst ihrer Verwirklichung zu stellen, die Sicherheit der Aussicht auf den Erfolg. Mit Recht hob neulich ein rheinisches Blatt hervor: Wo sich einmal ein freies Unternehmertum entwickelt und Traditionen gewonnen habe, da beweise es eine große Anpassungsfähigkeit an politische und technische Umwälzungen, an Wandlungen der Gesetzgebung und an soziale Verlagerungen. Den Grad dieser Wendigkeit richtig abzuschätzen, sei eine Hauptvoraussetzung für jede Wirtschaftspolitik, die Erfolg haben wolle. Zwischen dem lenkenden und Gesetze erlassenden Staat und dem wirtschaftenden Einzelnen stehe das Gerüst der Organisation. Die Fachorganisation, die Fachpresse und die Tageszeitungen hülften das Kunststück vollbringen, eine vom Staat gesteuerte Wirtschaft in Gang zu halten, die dennoch Privatwirtschaft bleibe. Der moderne Staat mude der Wirtschaft zwar sehr viel zu; aber er habe gelernt, das noch Zumutbare von dem Wirtschaftswidrigen zu unterscheiden. Gerade Dr. Schacht verwirft, wie kürzlich das Hamburger Fremdenblatt ausführte, Bürokratisierung und Nichtachtung der Erfahrung. Das aber bedeute, daß Zwangswirtschaft nicht Dauerzustand sein solle, daß vielmehr die private Initiative eine Wiedergeburt erleben müsse. Der Planung der deutschen Wirtschaft durch Kontrollorgane würden dort die Grenzen gezogen, wo die Kosten ihr richtiges Verhältnis zu der zu lösenden Aufgabe verlieren. Ferner müsse der Geist der amtlichen Wirtschaftsleitung nach wie vor seinen Ursprung haben in der Lebensnähe der anständigen kaufmännischen Geschäftsführung. In diesem Sinne wirkt auch Dr. Goerdeler. Hier interessiert besonders seine Stellung zum Preisbindungsproblem. Der Westdeutsche Beobachter war kürzlich in der Lage, authentische Informationen auch dazu zu veröffentlichen. Die Ansicht Dr. Goerdelers geht demnach dahin, daß sich eine rücksichtslose Beseitigung der Preisbindungen auf dem Binnenmarkt in einem katastrophalen Preissturz auswirken würde, der die deutsche Volkswirtschaft vor größte Schwierigkeiten stellen würde. In dem ungeordneten Preiskampf würden schließlich die Spekulanten, die mit gepumpten Geldern die Preise so tief setzten, daß der ehrliche Kaufmann zugrunde gerichtet würde, die Oberhand behalten. Eine Entbindung der Preise in größerem Umfang sei augenblicklich unmöglich. Erst wenn vorher die denkbar größte Sicherheit für einen anständigen Wettbewerb gegeben sei, könne diese Frage in Angriff genommen werden. Wahrscheinlich werde die Entwicklung vom starren Preis über den Richtpreis, der auch unterschritten werden könne, zur Preisfreiheit hinzielen. Damit alles in ruhigen Bahnen verlaufe, sollten die einzelnen Gruppen selbst geeignete Maßnahmen zur Regelung des lautereren Wettbewerbs vorschlagen. Nach Prüfung durch das Reichswirtschaftsministerium könnten dann die Wirtschaftsgruppen ermächtigt werden, diese Regel anzuwenden. Das letztere entspricht der Ordnung, die sich der Buchhandel schon vor Generationen aus eigener Kraft geschaffen und die sich so gut bewährt hat, daß sie auch außerhalb Deutschlands allenthalben zum Vorbild genommen worden ist. Es ist daher zu hoffen, daß es dabei bleiben wird.

Für die Herbeiführung und Sicherung anständiger Wettbewerbsverhältnisse kann auch der Werberat der deutschen Wirtschaft, der eben über das erste Jahr seiner Tätigkeit Rechenschaft abgelegt hat, wesentliches beitragen. Beachtlich ist des-

halb, was bei dieser Gelegenheit in seiner Zeitschrift »Die deutsche Volkswirtschaft« Professor Hunte, der ständige Stellvertreter des Präsidenten des Werberats, über Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Rates äußert. Obenan ständen folgende Aufgaben: 1. Überwachung der Wirksamkeit und Auswirkung der getroffenen Regelungen; Aufbau einer Werbestatistik. 2. Inangriffnahme der Prüfung der Werbung von Organisationen, die wegen ihrer Zielsetzung eine volkswirtschaftliche und nationale Bedeutung haben. 3. Die große und schwierige Aufgabe der aktiven Werbung für die deutsche Wirtschaft. Es sei dabei zu beachten, daß alle Regelungen grundsätzlich nur Sinn haben, wenn sie eine Besserung der Lage bedeuten. 4. Die größte und grundlegende Aufgabe sei, die Werbung so zu steuern und zu lenken, daß die idealistische Gesinnung des Volkes und die für das nationalpolitische Sein notwendige Einfachheit darunter nicht leiden, sondern beide miteinander in Einklang gebracht werden. Gleichzeitig hat Präsident Reichard Zahlen über die Wechselwirkung zwischen Werbung und Wirtschaft, über die Werbeausgaben der deutschen Wirtschaft und vor allem auch über die Verteilung der Werbeausgaben auf die einzelnen Werbemittel bekanntgegeben. Vor einigen Jahren sei von sachverständiger Seite behauptet worden, daß Deutschland für Werbung rund 1 Milliarde = 2% des Volkseinkommens ausbe. In der neuesten Zeit sei die Werbung keineswegs zurückgegangen, sondern zeige entsprechend der Erhöhung des Umsatzvolumens steigende Richtung. Die erfassbare Fremdwerbung, d. h. durch Werbeberater, Werber und Werbungsmitter ausgeführte Wirtschaftswerbung habe 1934 einen Aufwand von 220 Millionen erfordert. Daneben stehe die heute noch nicht erfassbare Eigenwerbung, die ohne Zweifel die Fremdwerbung in ihren Ausgaben um ein Vielfaches übertreffe. Die Meßziffern für die einzelnen Sparten der Werbung 1934 ließen sich folgendermaßen angeben: Zeitungen 55%, Zeitschriften 28%, Filme 1,1%, Plakatschlag 3,7%, Verkehrsmittel 3,5%, Messen und Ausstellungen 2,4%, Adreßbücher 3,9% und sonstige Werbemittel, z. B. einmalige Erscheinungen 2,4%. Die Werbeabgabe, die jeder Werber an den Werberat zu leisten hat, beträgt bekanntlich 2%. Die Entwicklung dieser Abgabesumme erlaubt einen Rückschluß auf die für die Werbung insgesamt aufgewandten Beträge. Daraus läßt sich errechnen, daß die für Werbezwecke ausgegebene Summe, wenn man das erste Halbjahr 1934 = 100 setzt, sich folgendermaßen nach oben entwickelt hat:

Jan.	77,00	April	112,7	Juli	114,66	Okt.	106,48
Febr.	90,06	Mai	115,51	Aug.	105,82	Nov.	119,44
März	89,29	Juni	115,35	Sept.	102,76		

Diese Entwicklung hat auch im Dezember und im neuen Jahr angehalten. Wenn man von dem saisonmäßigen Rückgang in den Monaten August, September und Oktober abieht, ist also ganz deutlich eine Steigerung auch im Saisonablauf festzustellen.

Die hier sich widerspiegelnde Konjunkturentwicklung findet auch anderweitig Bestätigung, wie die verschiedensten jetzt beim Jahresabschluß vorgelegten Berichte in gegenseitiger Ergänzung beweisen. Es zeigt sich dabei vor allem auch, daß die veröffentlichten Statistiken tatsächlich auf Wirklichkeitsbeobachtungen beruhen und nicht konstruiert sind, womit zugleich bewiesen ist, daß die Arbeitsbeschaffung echte Erfolge erzielt hat. Nach der Industrieberichterstattung des Statistischen Reichsamts ist die Beschäftigung der Industrie im Dezember saisonmäßig zurückgegangen, in den Verbrauchsgüterindustrien etwas stärker als im Vorjahr. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter habe von 62,8% im November auf 61,9% der Arbeiterplatzkapazität abgenommen. Die Gesamtzahl der geleisteten Arbeiterstunden sei von 59 auf 57% der Arbeiterstundenkapazität gesunken. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit habe im Dezember 7,45 Stunden betragen gegen 7,60 im November. Die Beschäftigung sei zunächst in den Industriezweigen zurückgegangen, die von den Witterungsverhältnissen stark abhängig sind; ferner in denen, die ihre Vorbereitungen für das Winter- und Weihnachtsgeschäft im November abgeschlossen hatten. Schließlich sei die Zahl der Arbeiter und der geleisteten Arbeiterstunden in den Industriezweigen gesunken, die Hausrat und sonstige Gegenstände für den Wohnbedarf herstellen. In einer beträchtlichen Anzahl von Industriezweigen sei dagegen die Beschäftigung auch im Dezember weiter gestiegen. Man könne, wenn man von den Saisoneinflüssen abieht, feststellen, daß sich der Auftrieb der